

**Ralf Possekel**  
**Head of Research Department**  
**Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft**  
**Berlin, April 2016**

**1<sup>st</sup> Supplementary Human Dimension Meeting, 14-15 April 2016**  
**“Policies and Strategies to Further Promote Tolerance and Non-Discrimination”**  
**Working Session II**

1. Werden wir jemals alle Vorurteile und Stereotypen wirklich beseitigen können? Sicherlich nicht. Was also können wir z.B. mit Bildung tatsächlich erreichen?

Wir sprechen von Antisemitismus, Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Homo- und Transphobie, von genderbegründeter Diskriminierung, von Antiziganismus, von Intoleranz gegen Christen und Muslime usw. Diese notwendige Auffächerung in Einzelfragen und die damit verbundene Kommunikation erzeugt – ohne dass wir es verhindern können - den Eindruck, es geht weniger um ein großes zusammenhängendes Problem, sondern um die Probleme einzelner betroffener Gruppen: schwarzer Menschen, der Juden, der Sinti und Roma, der LGBT-Community, der Muslime usw.

Wie kann das Thema dennoch als ein Problem, das jede Bürgerin/ jeden Bürger unmittelbar betreffen kann behandelt werden?

Wie kann z.B. das Engagement gegen Antisemitismus dazu beitragen, auch Antiziganismus zu bekämpfen oder Homophobie? Wie kann z.B. das Engagement gegen Islamophobie dazu beitragen, auch Antisemitismus zu bekämpfen?

Dafür brauchen einen explizit „politischen“ Begriff von Vorurteilen bzw. Stereotypen. Unabhängig von den konkreten Menschen, die solche Diskriminierungen erleiden, geht es immer um ein wiederkehrendes Muster, um das gleiche Grundübel: um die **Verweigerung von Grundrechten gegenüber** einzelnen Menschen, indem man sie einer Gruppe zuordnet, deren angebliche Minderwertigkeit begründet und als legitim angesehen wird. Es geht um den mal Juden mal Roma, mal Moslems mal Schwule betreffenden entwürdigende Vorgang, dass das Individuum, sein Tun und Handeln nicht mehr zählt, sondern allein eine von ihm nicht beeinflussbare Gruppenzugehörigkeit.

Wie können wir diesen Zusammenhang als eine immer wiederkehrende kulturelle Praxis mit den verschiedenen Ausprägungen – sei es als Antisemitismus, als Homophobie, als Antiziganismus, als Islamophobie - besser als bisher kommunizieren?

In Deutschland hat sich dafür das von Bielefelder Soziologen entwickelte Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durchgesetzt. Vielleicht macht es aber auch Sinn, dieses Phänomen **als modernen Rassismus** zu benennen, ein Rassismus, dessen Argumente nicht mehr rassebiologisch sind. Ein Rassismus, der sich in unserer Zeit ethnischer, religiöser, kultureller, sozialer oder genderbezogener Argumente bedient. Warum entwickeln wir nicht eine zeitgemäße Arbeitsdefinition von Rassismus, die dieses immer wiederkehrende Muster in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt?

Der Verweis von dem jeweils konkreten Vorurteil auf das immer wiederkehrende rassistische Grundmuster kann m.E. dazu beitragen, das Problem der Vorurteile politisch zu stärker fokussieren. Er hilft, breitere gesellschaftliche Koalitionen gegen jede Form der Entrechtung durch die Definition minderwertiger Gruppen zu bekämpfen. Eine stärkere Sensibilität für diesen rassistischen Mechanismus erlaubt es auch, gegenüber populistischen Bewegungen eine klare Grenze markieren: Wenn sich Politik rassistischer Argumente - welcher Begründung auch immer bedient -, verlässt sie unsere gemeinsame Wertebasis. Dies schließt überhaupt nicht aus, dass konkreten Formen auch weiterhin spezifisch zu bekämpfen oder zu beobachten. Aber es hilft, dass z.B. die Bekämpfung rassistischen Denkens über Muslime auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus leisten kann und umgekehrt.

## **2. Unter diesen Voraussetzungen möchte ich kurz auf folgende Erfahrungen aus unserer Fördertätigkeit verweisen:**

Wir haben in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht, Menschenrechtsbildung und historisches Lernen zu verbinden und dies auf Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu fokussieren. In der Geschichte, insbesondere des 20. Jahrhunderts kann man sehr viele gesellschaftliche Konstellationen finden, anhand derer sich die fatalen Auswirkungen der Konstruktion von minderwertigen Gruppen, um Menschen ihre Grundrechte abzusprechen, nachvollziehen lassen. Unser internationales Jugendbegegnungsprogramm „Europeans for Peace“ ermöglicht internationale Jugendprojektarbeit zu diesen Themen. Lassen sie uns Fragen nach den Mechanismen von rassistischem Denken stärker als bisher zum Gegenstand des internationalen Jugendaustausches machen.

Die Arbeit mit Young Professionals ist ein weiterer produktiver Ansatz: in internationalen Sommerschulen thematisieren sie den Holocaust unter dem Aspekt des Antisemitismus und gehen gleichzeitig darüber hinaus: sie begreifen die Geschichte des Nationalsozialismus auch als ein exemplarisches rassistisches Gesellschaftsprojekt, das auch zur Vernichtung von Roma, von Menschen mit Behinderung führte. Es führte aber auch zur Verfolgung und Entrechtung von Schwulen, von Polen, Russen, Ukrainern, Serben u.a. Indem junge Professionals anhand historischer Beispiele die Mechanismen rassistisch begründeter Politik konkret kennenlernen, können sie erfolgreich dafür sensibilisiert werden, analoge Praktiken in der Gegenwart zu erkennen und in ihrem jeweiligen beruflichen Kontext dagegen überzeugend aufzutreten. (Ich verweise hier auf das internationale Projekt „Humanity in Action“).

Der internationale Holocaust Remembrance Day am 27. Januar ist in Deutschland wie in vielen Ländern der Welt Anlass, der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden zu erinnern. Aber wir gehen darüber hinaus und erinnern auch der eben genannten anderen Opfer der rassistisch begründeten NS-Politik. Dieser internationale Erinnerungstag ist daher eine gute Gelegenheit, dafür zu sensibilisieren, dass in unserer Welt jeder Mensch potentiell Opfer rassistischer Politik werden kann. Und es ist eine Gelegenheit deutlich zu machen, dass die internationale Gemeinschaft nicht zuletzt auch aus dieser Erfahrung heraus die allgemeine Erklärung der Menschenrechte formuliert hat.

Seit 2015 ermutigen und fördern wir NGOs in Mittel- und Osteuropa, Projekte zu entwickeln, um Antisemitismus und Antiziganismus in gemeinsamen Formaten zu bekämpfen.

2015 hatten wir in Berlin eine Muslim-Jewish Konferenz zu Gast.

Am diesjährigen internationalen Roma Day sprachen auf einer Kundgebung in Berlin in Anwesenheit des Bundespräsidenten Vertreter der Roma, der Bundesregierung aber auch des Zentralrats der Juden und der LGBT-Community.

Wir brauchen mehr von solchen übergreifenden Formaten.

**3. Doch Aufklärung und Bildung allein reichen sicherlich nicht. Es funktioniert nur, wenn von Diskriminierung Betroffene ihre Rechte wirksam durchsetzen können:**

Unsere Erfahrungen zeigen: Dafür bedarf es **dauerhaft finanzierter gesellschaftlicher Strukturen** (des Staates oder der Zivilgesellschaft). Solche Strukturen sind in einer Gesellschaft auf absehbarer Zeit genauso nötig, wie ein Gesundheitswesen oder Autobahnen. Neben den erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Durchsetzung von Gleichbehandlung, neben der Schulung von Staatsanwälten, Richtern und Polizisten bedarf es z.B. folgender Strukturen, um tatsächlich nachhaltig wirksam zu sein:

- dauerhaft finanzierter **Beratungsstrukturen** für die Betroffenen von Diskriminierung.
- **Rechtshilfefonds**, um Gerichtsverfahren durchzuführen und über mehrere Instanzen durchzustehen;
- Dauerhaft finanzierte **Strukturen des Monitorings und der Sensibilisierung** der Öffentlichkeit.

**Fazit:** Wir können nicht alle Vorurteile und Stereotypen aus der Welt schaffen, aber wir können vielleicht verhindern, dass Vorurteile und Stereotypen dazu mobilisiert werden, um Grundrechte zu beschneiden. Nicht mehr und nicht weniger.

Ich empfehle daher,

- das Übergreifende kulturelle Muster der verschiedenen Diskriminierungsformen stärker herauszuarbeiten, sei es mit dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, sei es mit einer Arbeitsdefinition von modernem Rassismus, sei es auf anderem Wege;
- Historisches Lernen und Menschenrechtsbildung stärker als bisher zu verbinden, um anhand der Geschichte das Wirken rassistischer Politik zu erkennen und insbesondere den Holocaust als Ausfluss eines gigantischen rassistischen Gesellschaftsprojekts zu begreifen.
- die staatliche Finanzierung dauerhafter Strukturen zur wirksamen Unterstützung von Menschen, die Diskriminierungen erlitten haben und ihre Rechte durchsetzen wollen.